

Pressemitteilung

Eine kritische Bilanz der Drogenpolitik der Ampel-koalition und Forderungen an die neue Regierung

11. Alternativer Drogen- und Suchtbericht am 18.12.2024 in Berlin vorgestellt

Berlin, 18.12.2024. Die Cannabis-Teillegalisierung ist eines der drogenpolitischen Themen, mit denen die scheidende Ampelkoalition in Erinnerung bleiben wird. Wie die drogenpolitische Bilanz der Regierung insgesamt ausfällt, darüber gibt der aktuelle 11. Alternative Drogen- und Suchtbericht (ADSB) Aufschluss. Im Bericht, der heute online vorgestellt wurde, kommen Stimmen aus der Suchtprävention, -hilfe und -forschung zu Wort, darunter Expert*innen der Frankfurt University of Applied Sciences (Frankfurt UAS).

Der ADSB wird jährlich vom Bundesverband für akzeptierende Drogenarbeit und humane Drogenpolitik akzept e.V. herausgegeben, dessen Vorsitzender Prof. Dr. Heino Stöver vom Institut für Suchtforschung (ISFF) an der Frankfurt UAS ist. Der Bericht zeigt Unzulänglichkeiten der nationalen Drogenpolitik auf und schlägt evidenzbasierte Schritte für ihre Weiterentwicklung vor. „Die aktuelle Ausgabe zeigt, dass die Drogenpolitik zwar in mancher Hinsicht vorangekommen ist, aber viele Verabredungen im Koalitionsvertrag nur unzureichend umgesetzt wurden. Versäumt wurde vor allem grundlegende Präventionsschritte in Bezug auf den Umgang mit Alkohol, Tabak und Medikamente zu gehen – diese Themen bleibe die Elefant:innen im Raum“, so Stöver.

Berliner Drugchecking-Bilanz und erwarteter Anstieg bei synthetischen Opioiden
Als Kernthemen behandelt der diesjährige ADSB offene Fragen aus der Teillegalisierung von Cannabis, mögliche Maßnahmen in Bezug auf den Crack-Konsum, die Frage, inwieweit Deutschland auf synthetische Opioiden vorbereitet ist,

Vorstand

Prof. Dr. Heino Stöver, Frankfurt University of Applied Sciences (1. Vors.)
Nina Pritzens, vista gGmbH Berlin (stellvertr. Vorsitzende)
Urs Köthner, Aidshilfe Essen e.V. (stellvertr. Vorsitzender)
Maximilian Plenert, Berlin (Beisitzer)
Rüdiger Schmolke, chill out Potsdam (Beisitzer)
Olaf Ostermann, Condrops e.V. München (Beisitzer)
Jan-Gerf Hein, Drogenberatung e.V. Bielefeld (Beisitzer)

Mitgliedschaften

Deutsche Hauptstelle für Suchtfragen (DHS)
ENCOD
INTERNATIONAL DRUG POLICY CONSORTIUM

Bankverbindung

GLS Bank e.G. Bochum
IBAN: DE86 4306 0967 1155 4041 00
BIC: GENODEM1GLS

und die Drugchecking-Praxis in den Bundesländern. So blicken Expert*innen der vista gGmbH, einem freien Träger der Drogen- und Suchthilfe, mit ihren Kooperationspartner*innen auf ein Jahr Berliner Drugchecking-Modellprojekt zurück. Für die flächendeckende Einführung der Möglichkeit, psychoaktive Substanzen legal auf Wirkstoffgehalt und Verunreinigungen prüfen zu lassen, hat die scheidende Regierung zwar rechtliche Grundlagen geschaffen. Bisher fehlt aber die Umsetzung durch die Länder weitestgehend. „Die hohe Anzahl auffälliger Proben (47,2 Prozent), vor denen gewarnt wurde, zeigt die Notwendigkeit von Drugchecking als Maßnahme zur Schadensminimierung und zum Gesundheitsschutz“, zieht die Geschäftsführerin von vista gGmbH, Nina Pritzens, Bilanz.

Adressiert wird auch das mögliche künftig verstärkte Aufkommen von synthetischen Opioiden wie Fantasy in Deutschland als Folge des Wegfalls des Opiumanbaus in Afghanistan. So verweisen die Suchthilfe-Expert*innen Nina Pritzens, Dirk Schäffer und Maurice Cabanis in einer Analyse der geplanten Neuregelung zur diamorphingestützten Substitutionsbehandlung auf deren Wichtigkeit. Auch „Take-Home-Naloxon“ müsste als risikominimierende Maßnahme zur Reduktion der hohen Rate von opioidbedingten Todesfällen in Deutschland eine viel stärkere Rolle spielen. Das Nasenspray rettet bei Opioid-Überdosierungen Leben. Gefordert wird von Simon Fleissner sowie Maria Kuban und Dirk Schäffer von der Deutschen Aidshilfe die Aufhebung der Verschreibungspflicht und vermehrte Schulungen etwa für Polizist*innen an, um den Einsatz von Naloxon zu fördern. Der aktuelle ADSB beschränkt sich aber wie in den Jahren zuvor nicht nur auf die illegalisierten Drogen. Thematisiert werden zudem risikomindernde Strategien für den Konsum von legalen Suchtmitteln wie Tabak und Alkohol.

Anforderungen an eine neue Bundesregierung: Elefant:innen im Raum ansprechen! Die Steuerung der Drogenpolitik in Deutschland ist völlig unzulänglich – wenn man sie denn überhaupt so bezeichnen will. Es braucht eine Bündelung der Kompetenzen innerhalb einer kompetenten und arbeitsfähigen Organisation, interministeriell, interdisziplinär, mit Vertreter*innen des Bundes, der Länder und Kommunen, der Verbände der Selbsthilfe, der Forschung und Wissenschaft. Denn: Drogenprobleme sind ein zu großes Feld der Gesundheitspolitik insgesamt (8,2Mio Menschen in Deutschland sind abhängig von Substanzen, Medien, Glücksspiel etc.; 13 Mio Menschen konsumieren Substanzen missbräuchlich), als dass man sie verstreut über mehrere Ministerien einfach ‚laufenlassen‘, oder pflichtschuldig auf Minimalniveau bearbeiten kann (notwendige Anpassungen an EU-Vorgaben etc.). Die zuständigen Regulierungsbehörden kommen nicht mit der Geschwindigkeit, den Dynamiken und Herausforderungen der illegalen und legalen Drogenmärkte zurecht. Jüngste Beispiele: die Einweg-E-Zigarette findet immer größere Verbreitung, weil fast jede/r Rapper*in in den Social Media ein eigenes Label mit kinder- und jugendaffiner Werbung hat. Auch eine Lachgas-Regulierung lässt weiter auf sich warten.

Mit Blick auf die kommende Bundestagswahl zieht der akzept-Vorsitzende Stöver als Bilanz aus dem aktuellen ADSB: „Nach langer Durststrecke konnten wir in diesem Jahr einen längst überfälligen drogenpolitischen Paradigmenwechsel mit der zumindest teilweisen Legalisierung von Cannabis vollziehen, welcher nach dem 23. Februar 2025 droht, zunichte gemacht zu werden. Es könnte bei einer neuen konservativen Regierung zu fatalen Rückschritten kommen. Die aktuellen Entwicklungen auf dem Drogenmarkt insbesondere bezüglich Crack und

synthetischen Opioiden machen es notwendig, dass schnell und flexibel reagiert wird und Hilfesysteme und die Drogenpolitik kontinuierlich auf der Basis des systematisierten Praxiswissens und wissenschaftlicher Erkenntnisse weiterentwickelt werden. Wir haben keine Zeit, ideologische Debatten zu führen – es braucht pragmatische Lösungen, um Menschenleben zu retten!“

Begleitende Presseinformationen zum 11. Alternativen Drogen- und Suchtbericht sind gemeinsam mit der Publikation unter www.alternativer-drogenbericht.de zu finden. Der Bericht ist im Verlag Pabst Science Publishers erschienen.

Redaktionell verantwortet haben diese Ausgabe neben Stöver Ulla-Britt Klankwarth, ebenfalls ISFF, Nina Pritzens, stellvertretende akzept-Vorsitzende und vista gGmbH-Geschäftsführerin sowie Christine Kluge Haberkorn von akzept. Auf rund 130 Seiten nehmen Expert*innen in Fachbeiträgen unter anderem die grundsätzliche Ausrichtung und Strukturen der Drogenpolitik in den Blick. So kritisieren Stöver und Dr. Ingo Ilja Michels, ebenfalls ISFF, in einem Beitrag die „Antidrogenpolitik“ in Bezug auf andere psychoaktive Substanzen als Cannabis. Sie argumentieren, das Verbot dieser Drogen schädige mehr als der legale Konsum und fordern eine Entkriminalisierung.

Kontakt: akzept e.V. – Bundesverband für akzeptierende Drogenarbeit und humane Drogenpolitik, Prof. Dr. Heino Stöver, Telefon: +49 69 1533-2823 und +49 162 133 45 33, E-Mail: heino.stoever@fb4.fra-uas.de

Über akzept:

Der Bundesverband für akzeptierende Drogenarbeit und humane Drogenpolitik akzept e.V. wurde im Frühjahr 1990 in Bremen gegründet. Es ist ein interdisziplinärer Zusammenschluss von Praktiker*innen und Forschenden, Professionellen und Patient*innen, Sozialarbeiter*innen, Mediziner*innen, Jurist*innen und drogenpolitisch engagierten Personen und Verbänden.

Derzeit sind 65 Einrichtungen und Verbände sowie 140 Einzelpersonen Mitglied bei akzept. Vorstand und Aktive arbeiten ehrenamtlich für akzept. Näheres unter www.akzept.eu

7322 Zeichen mit Leerzeichen



Bildunterschrift:

Prof. Dr. Heino Stöver

Bildquelle:

B. Bieber, Frankfurt UAS